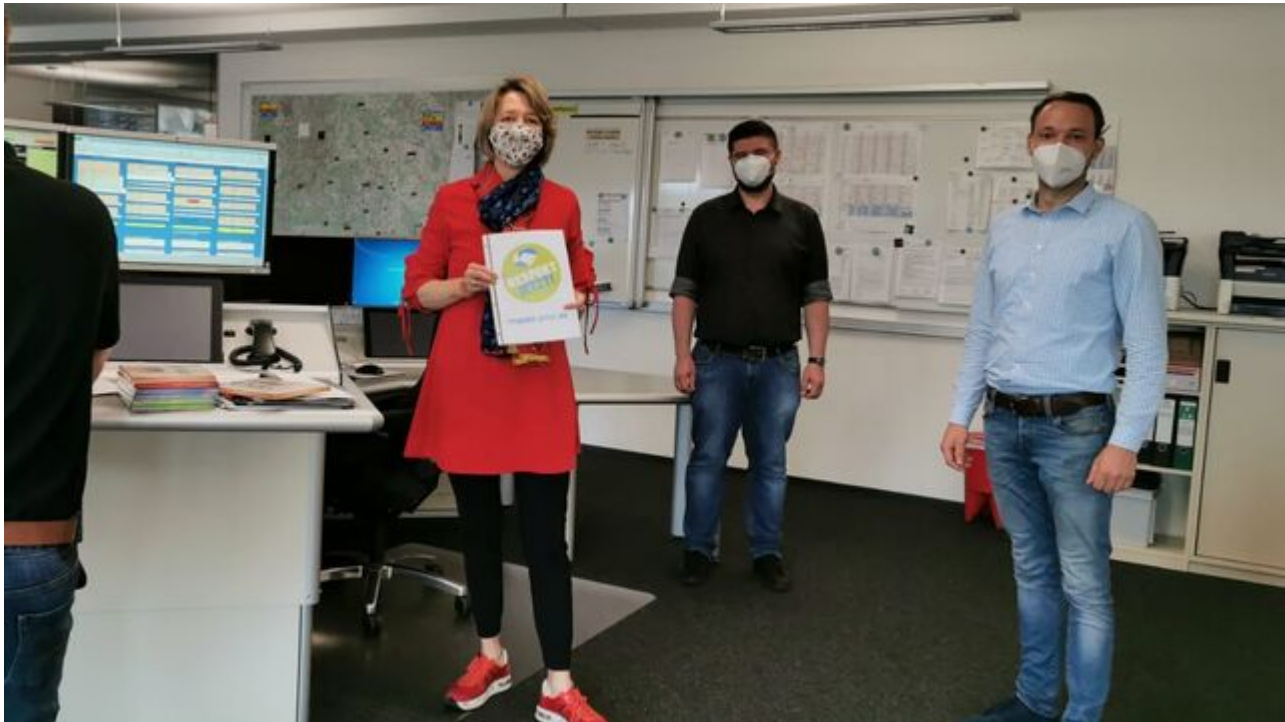


**Artikel vom 01.07.2020**

Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste

## Junge Union fordert mehr Respekt für Einsatzkräfte



Am 28.06.2020 besuchte eine gemeinsame Delegation bestehend aus Vertretern der Jungen Union (JU) Kreisverbände Schweinfurt-Stadt und Schweinfurt-Land, sowie der Wahlkreisabgeordneten des Bundestages, Dr. Anja Weisgerber, Einrichtungen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten.

Besucht wurden die Integrierte Leitstelle in Schweinfurt (ILS), die Polizeidienststelle in Gerolzhofen und die Feuerwehr in Schweinfurt. Die Abgeordnete Weisgerber und die Vertreter der JU-Kreisverbände mit Pascal Schwing (Schweinfurt-Stadt) und dem Kreisrat Thomas Siepak (Schweinfurt-Land) an der Spitze unterstreichen mit diesen Besuchen ihre Solidarität mit den besuchten Organisationen.

Immer wieder wird über die zunehmende Anzahl von An- und Übergriffen auf Polizei, Rettungs- und Hilfsdienste berichtet. Diese sind nicht zu tolerieren. Gewaltexzesse wie in Stuttgart gegen die Polizei sind nicht zu entschuldigen, sondern müssen lückenlos aufgeklärt und ggf. durch die Justiz verfolgt werden.

Thomas Siepak meint dazu: „Täglich hält das Personal von Polizei, Rettungs- und Hilfsdiensten bei ihren Einsätzen den Kopf für unser Wohlergehen hin. Diese Menschen haben es verdient, den bestmöglichen Schutz und die Solidarität der Gesellschaft zu erhalten. Es kann nicht sein, dass gewaltbereite Chaoten für ihr asoziales Verhalten auch noch Zustimmung von gewissen politischen

Strömungen erhalten. Wir stehen zu den Beschützern unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung.“

Siepaks Kreisvorsitzenden Kollege aus der Stadt Schweinfurt, Pascal Schwing fordert: „Übergriffe wie in Stuttgart müssen aufgeklärt werden. Sollte es rechtliche Lücken geben, welche eine gründliche Aufarbeitung dieser Vorgänge verhindern, muss da dringend nachjustiert werden.“

„Wir setzen uns in Bund und Land dafür ein, dass wir die schützen, die uns schützen. Solche Zustände sind eines Rechtsstaates unwürdig. Hier ist jeder Bürger gefragt, sich klar dagegen zu positionieren“, so Dr. Anja Weisgerber.